

23. / I. 1917

## Wilson's Friedensgedanken.

„Gern würde ich mich dem Glauben hingeben, daß ich auch im Sinne der stummen Masse der Menschheit spreche, die noch keine Stelle und noch keine Gelegenheit gehabt hat, um ihre wirklichen Gefühle über das Hinsterben und den Ruin zum Ausdruck zu bringen, von dem sie die Menschen und die Stätten heimgesucht sieht, die ihrem Herzen am teuersten sind.“ Dieser Glaube trägt den Präsidenten des Hundertmillionenreiches jenseits des Atlantischen Ozeans nicht, jenes Reiches, in dem sich Blut von dem Blute aller Völker Europas unter dem Banner eines freien Gemeinwesens vermischt hat. Was Präsident Wilson zu den Männern des Senats der Vereinigten Staaten gesprochen hat, ist im Munde eines Staatsoberhauptes neu und urkräftig — besonders, ist eine Botschaft der Zukunft an die unheilvolle Gegenwart, bestimmt, sie zur niemals wiederkehrenden Vergangenheit zu machen. Das Wort Wilsons ist eine so kühne Neuerung, wie jene Tat der Begründung des amerikanischen Freistaates, auf die die Rede anspielt, auf den Staatsvertrag, den die aus der Heimat vertriebenen Pilgrimväter an Bord der „Maiblume“ schlossen: „Wir, die wir willens sind, Gerechtigkeit walten zu lassen, Behörden aufzurichten und ihnen zu gehorchen, errichten einen Staat.“ Aus solchem Anfang ist ein freies Gemeinwesen, ein Bundesstaat mit heute mehr als hundert Millionen Bürgern geworden, eine bewusste Schöpfung zu bewußten Zwecken. So will Wilson, daß aus den Staaten und Völkern der Erde eine Gemeinschaft werde, die jedem ihrer Glieder Frieden und Freiheit verbürgt.

Die Kühnheit dieses Gedankens überrascht immer wieder — aber sie ist ebensowenig eine Utopie als die Vereinigten Staaten von heute, ebensowenig ein Phantom als ihr ungekröntes Oberhaupt Wilson ein bloßer Schein. Wahr aber ist, blutbezeugte Wahrheit, daß der Gedanke Wirklichkeit noch nicht ist.

Wilson spricht vom Frieden dieser Welt zum amerikanischen Senat, zum Oberhaus der Vereinigten Staaten, in dem seit jeher die auswärtige Politik jenes Landes entschieden wird, das den Krieg um Kuba beschloß und die Philippinen annectierte hat. Ein seltsamer Widerspruch besteht da zwischen Sprecher und Hörern, den Hörern, die das kapitalistischste Land der Welt vertreten und von denen vorweg zu vermuten ist, daß sie lieber rechnen als träumen. Diesen Widerspruch gleicht die Wahrscheinlichkeit aus, daß heute der Friede auch für die Welt des Kapitals der rettende Ausweg geworden ist.

Wilson hält sich an die Noten der beiden Kriegsführenden gar nicht, schließt seinen Gedanken kaum mehr an sie an: schon spricht er als die dritte Macht außerhalb ihrer. Von seinen guten Diensten, von Vermittlung ist die Rede nicht mehr — so scheint es auf den ersten Blick. Enttäuschung ist es jedoch nicht. Der Friede zwischen den zwei Parteien ist es nicht so sehr, der ihn angeht. „Der gegenwärtige Krieg muß erst beendet sein... Es macht keinen großen Unterschied, in welcher Weise der Krieg beendet wird... Amerika wird keine Stimme haben bei dem Abschluß des Friedens.“ Aber es wird eine Stimme haben bei der Entscheidung, ob die Friedensbedingungen Dauer haben werden. Der Friede soll — hinterher, wenn er geschlossen ist — erst die Billigung der Menschheit gewinnen. Was den Kriegserfolgen, was dem Begehren der Nationen entspricht, darauf kommt es Wilson so sehr nicht an!

„Denn der Friedensschluß muß auch die Völker der Neuen Welt in sich schließen!“

Man achte auf diese Wendung wohl. Für das, was Wilson vorschwebt, gibt es ein geschichtliches Beispiel: Rußland hatte 1877 die Türkei niedergeworfen und ihr — von Partei zu Partei — im

Vertrag von San Stefano schwere Landverluste und Demütigungen auferlegt, kraft der uralten Rechte des Siegers und Eroberers. Hinterher aber fand Europa, daß dieser Vertragsfriede den höheren Rechten der europäischen Völkergemeinschaft zuwiderlaufe, die Großmächte traten 1878 zum Berliner Kongreß zusammen und setzten die Grenzen zwischen Rußland und der Türkei wie die Rechtsverhältnisse der Balkanvölker eigenherrlich fest. Der Kongreßfriede löste den Vertragsfrieden, der europäische Friede den Frieden inter partes ab!

Wenn der amerikanische Senat diesen Standpunkt Wilsons zu seinem eigenen macht, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika die übrigen Völker jenseits des Wassers und die europäischen Neutralen auf diesen Gedanken vereinigen — dann würde den Kriegführenden ein Sieg beinahe zwecklos!

Einen Kooperativfrieden nennt Wilson sein Ziel, einen Frieden, der durch „Zusammenarbeit“ gewonnen und wie durch eine „Genossenschaft“ behauptet wird. Kooperative ist die anglikanische Bezeichnung für Genossenschaft. Durch diese Genossenschaft soll die „organisierte höhere Macht der Menschheit“, eine Macht, die höher ist als jede Macht einzeln und selbst als verbündete Macht mehrerer, ausgerichtet und zum Hüter der Ordnung unter den Völkern gesetzt werden. Sonderbündnisse jedoch sollen ausgeschaltet bleiben. Aufgelöst sollen gelten sowohl Allianz als auch Entente, jeder Staat, ob groß oder klein, unmittelbar dem Weltreich eingeordnet, das der Bürge der Selbstständigkeit aller seiner Glieder ist. Das ist die „Organisation der Welt“.

Der Gedanke der Pilgrimväter! Man spottet nicht über Utopien, denn schon einmal sind sie jenseits des Wassers zur Wahrheit geworden!

Indessen haben wir zunächst zu fragen, was denn der Inhalt dieser Rechtsgemeinschaft sein soll, wie jene ihrer Glieder, die sich heute befrieden, darin bestehen würden. Ein Friede ohne Sieg wird erwartet, somit ein Kompromißfriede, kein Diktat des Siegers. Ein Friede zwischen Gleichen, nicht Unterwerfung und Demütigung. Und er soll kein Glied ausschließen von den Gemeinschaftsrechten, er soll die gemeinsame Teilnahme an einer gemeinsamen Wohltat bringen, also die Erde allen zur gemeinsamen Bewirtschaftung eröffnen. Soweit liegt der Gedanke ganz in der Richtung der Anerbietungen der Mittelmächte. Eine gerechte Lösung der Gebiets- und der Rassenfragen soll bewirkt werden — ein schwieriges Werk, an dem sich oft aus friedlichen Absichten ein Krieg entzündet hat. Keine Verschiedenheit soll im Rechte bestehen zwischen großen und kleinen Nationen und jede Regierung empfangen ihre rechtmäßige Gewalt aus der Zustimmung der Regierten — die Unabhängigkeit Polens wird dabei ausdrücklich erwähnt. Es sind alte Forderungen der europäischen Demokratie, die, so alt sie sind, in den Einzelheiten ihrer Durchführung auch unter Demokraten viel umstritten sind. Sind die Iren noch eine Nation? Sieht Wilson in den Elässern Deutsche oder Franzosen? Schließt er Finnland, Ägypten, Marokko ein? Diese und viele andere gewichtige Fragen bleiben offen.

Ein gesicherter Zugang zum Meere soll Rußland werden, aber nicht notwendig durch Annektionen. Die Neutralisierung des Wegrechtes zur See kann ihn nicht minder verbürgen. Die Freiheit der Meere ist die unerläßliche Bedingung dieses Friedens: ein Hauptziel Deutschlands und die große unblutige Ererungenschaft der Vereinigten Staaten, eine Niederlage englischer Träume! Die allgemeine Verkehrsfreiheit zwischen den Völkern soll verbürgt sein und die Einschränkung der Kriegsrüstungen soll den Frieden krönen!

Die Völker haben nun reichen Stoff, den größten Dingen der Welt nachzusinnen, und nicht mehr das vermeintliche Dilemma: „Deutscher oder englischer Friede?“ steht ihnen bloß zur Wahl, sie können auch den dritten Frieden, den amerikanischen, in die Erörterung einbeziehen. Und sie werden das auch tun, die Kriegführenden so gut wie die Neutralen! Und das Wort wird bleiben, sich verinnerlichen und verbreiten bis es Fleisch geworden.